Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 11

Rubrik: SP intern

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

SP intern

Interner Informationsdienst für Sektionen, Kantonalparteien Mandatäre, Kader, Mitglieder und Sektionsinfo-Redaktionen
Herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Postfach 4084, 3001 Bern, Tel. 031/24 11 15, Telex 33 864
Redaktion: P. Graf, Presse- und Informationssekretär

Bern, im November 1981 (Beilage zu "Rote Revue", Nr.11) Nr. 20

Editorial

Der Parteitag von Interlaken ist vorbei. Damit sind alle auch wieder zum politischen Alltag zurückgekehrt. Zuvorderst auf der aktuellen politischen Traktandenliste steht der Kampf gegen Bundespräsident Furglers Versuch, im Schatten der Terror- und Geiselnahmebekämpfung gleich auch die Gesinnung der Leute zu kontrollieren und das Volk zu disziplinieren. Wir wehren uns nicht gegen Abwehrmassnahmen für neue Formen der Gewalt. Aber wir wehren uns dagegen, dass neue Straftatbestände wie Vorbereitungshandlungen und der Eingriff des Strafrechts in den Gesinnungsbereich eingeführt werden. Die Tendenz von Regierungen, die herrschende Ordnung durch Maulkratten für das Volk zu hüten, ist so alt wie die Geschichte des Staates. Auch in der Schweiz hat dieser Hang zu Gesetzen gegen das Volk Tradition. Zweimal gelang es der SP Schweiz, mit Referenden solche Versuche abzuschmettern: 1922 wurde die Lex Häberlin I und 1934 die Lex Häberlin II von der Volksmehrheit abgelehnt. Auch Justizminister Furgler ist mit seinen Busipo- und KIS-Experimenten bisher erfolglos geblieben. Dasselbe nun über Paragraphen anzustreben, ist ebenso ablehnenswürdig.

Bei den Kantonalparteien können sich die Sektionen mit Unterschriftenbogen, Argumentenkatalogen, Handzetteln und Flugblättern eindecken. Wir stellen ausserdem - ebenfalls über die Kantonalsekretariate - Unterschriftenkarten zur Verfügung. Wir haben uns zum Ziele gesetzt, zusammen mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und den Demokratischen Juristen der Schweiz 60'000 Unterschriften zu sammeln. Die SPS übernimmt 30'000. Wir haben sie nach dem gleichen Schlüssel, nach dem die Unterschriften für die Rüstungsreferendumsinitiative zugeteilt wurden, unter die Kantone aufgeteilt. Allerdings geht es hier nur um einen Viertel der Unter-

schriften, die wir unmittelbar nach der Volksabstimmung vom 29.November 1981 zur Beglaubigung zurückerwarten.

Für Euren Einsatz, damit dieses Referendum zustandekommt und vor der nachfolgenden Volksabstimmung möchten wir Euch schon jetzt recht herzlich danken.

Peter Graf
Presse- und Informationssekretär der SP Schweiz

STRAFGESETZREVISION GEGEN GEWALTVERBRECHEN : N E I N

SPI-PG-Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat am 13.September bereits beschlossen, das Referendum gegen die Revision des Strafgesetzbuches im Bereich der Gewaltverbrechen zu ergreifen. Die Fraktion hat für die Schlussabstimmung in den eidg. Räten ebenfalls Ablehnung dieser Gesetzesrevision beschlossen. Um den Preis von Gesinnungsschnüffelei, Ueberwachungsstaat und Verschärfung der repressiven Möglichkeiten von Polizei, Untersuchungsorgan und Gerichten sollen neue Strafmassnahmen gegen neue Formen der Gewaltanwendung, wie sie unter dem Stichwort "Terrorismus" in den letzten Jahren vor allem im Ausland aufgekommen sind, eingeführt werden. Das können sich weder die sozialdemokratische Partei noch die Gewerkschaften bieten lassen.

Seltsame Widersprüche

Vergeblich wartet das Volk auf ein Gesetz, das der Verhökerung des einheimischen Bodens an ausländische Käufer Einhalt gebietet. Die Konsumenten wollen die Preisüberwachung, bürgerliche Kreise, bislang unterstützt vom Bundesrat, lehnen sie ab. Die Mietzinse steigen und steigen, kein gesetzliches Kraut soll dagegen wachsen. Die Macht der Banken wächst und wächst, das Bürgertum verhindert alles, was dagegen zu tun wäre. Selbst Massnahmen gegen die Auswanderung des Kapitals ins Ausland über Treuhandgeschäfte der Banken in rentablere Finanzplätze, die mit einer Steuer gebremst werden könnte, werden über Jahre hinweg verschleppt und verzögert. Die Folgen aus diesen gesellschaftspolitischen Unterlassungssünden sind noch kaum auszumachen.

Aber die Bürgerlichen haben vorgesorgt, indem jetzt nicht nur vollbrachte Taten, sondern schon Gesinnungsäusserungen und sogenannte "Vorbereitungshandlungen" strafbar sein sollen. Vordergründig wird heute gesagt, das müsse wegen der Verbrechensbekämpfung so geschehen. Aber wer gebietet Einhalt, wenn sich die Bauern wegen der immer unterträglichen Zinsenlasten zu wehren beginnen ? Wer stoppt übereifrige Polizisten, wenn diese im Benzinkanister bereits die Brandbombe wittern ? Wer entscheidet, dass eine Aesserung in der Versammlung, am Biertisch oder in einer Gruppe ein emotionaler Ausbruch und nicht eine "verurteilungswerte Gesinnungsäusserung" war ?

Im Geschichtsbuch geblättert

Die Schöpfer der Strafgesetz-Revision haben in den Geschichtsbüchern geblättert. Es zeigt sich jetzt, welch verheerende Trümmerstrategie einer verirrten Linken der Terrorismus ist, dass die extreme Rechte sich des Terrors bedient, ist geschichtsnotorisch. 1922 hat der Bundesrat noch eine ganz ehrliche

Sprachregelung gebraucht, als er seine Strafrechtsrevision titelte "Gegen die verfassungsmässige Ordnung und die innere Sicherheit". Das Referendum der SP und der Gewerkschaften hatte Erfolg damals: mit 376'832 gegen 303'794 Stimmen wurde die Revision abgelehnt. 1933 versuchte es der Bundesrat erneut und nannte wieder in ehrlicher Sprachregelung das Bundesgesetz "zum Schutz der öffentlichen Ordnung". Wieder sagte das Volk - diesmal mit 488'672 gegen 419'399 Stimmen - Nein. Der zuständige Justiz- und Polizeiminister - auch das gab es damals noch - trat nach diesem zweimaligen Misserfolg aus Amt und Würde zurück.

Jetzt, 1981, wird die Gesetzesrevision ganz unverfänglich in einer Botschaft "Ueber die Aenderung des schweizerischen Strafgesetzbuches" verkauft. In Klammern steht dann noch "Gewaltverbrechen". Unter solch unverfänglichem Titel soll das nun wieder eingepackt werden, was schon damals das Volk nicht akzeptieren wollte. Ueberdies hätte man auch den Entscheid über die Busipo, auch das ein deutliches Verdikt der Stimmbürger, berücksichtigen dürfen. Das wurde von der bürgerlichen Mehrheit, der sich der Bundesrat im Verlauf der parlamentarischen Beratungen weitgehend anschloss, nicht getan.

Polizeiminister Furgler appellierte an das Vertrauen von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, als er im Parlament versicherte: "Das Demonstrationsrecht wird in keiner Weise belastet oder eingeschränkt... Wir wollen in diesem Staat die Meinungsäusserungsfreiheit, wir wollen das Demonstrationsrecht, aber wir wollen keine Sachbeschädigung und keine Beschädigung anderer Menschen." Wir wollen das dem amtierenden Bundespräsidenten gerne glauben. Nur wird er nicht auf ewige Zeiten Rechtsauslegung betreiben können. Und ausserdem ist er machtlos, wenn im kantonalen Bereich das neue Gesetz viel extensiver ausgelegt wird, also die Meinungsäusserungs- und die Demonstrationsfreiheit nicht jene Selbstverständlichkeiten sind, für die sie Bundespräsident Furgler mit uns Sozialdemokraten und Gewerkschaftern hält. In diesem Bereich von Justiz und Polizei hat vieles im Geheimbereich zu geschehen. Die öffentliche Kontrolle ist gering und die Möglichkeiten, sich Recht zu verschaffen, sind oft kostspielig und unterliegen komplizierten Verfahren.

Rechtssicherheit statt verbale Zusicherungen

Aus diesem Grund ist es wesentlich besser, wenn diese Revision vom Volk abgelehnt wird. Der Bundesrat soll auf seinen Vorschlag zurückkommen und sich auf das beschränken, was er den Räten ursprünglich vorgeschlagen hat. Seine Botschaft beschränkt sich auf ein vernünftiges Mass an Massnahmen, denen wir zugestimmt hätten. Unter dem Eindruck aktueller Ereignisse in den Grossstädten sind dann diejenigen Bestimmungen, gegen die sich das Referendum richtet, die Vorbereitungshandlungen und die Bestimmungen gegen Gesinnungsäusserungen, eingebracht worden. Damit - das weiss Bundespräsident Furgler genau - ist den Jugendunruhen nicht beizukommen. Durch Gesetzesbuchstaben sind jugendpolitische, eigentumspolitische und gesellschaftspolitische Unterlassungssünden der letzten 20 Jahre nicht zu beheben. Sollen nun genau die Kreise, die sich jahrelang vergeblich gegen bürgerliche Uneinsichtigkeit, Kleinkrämerei und Eigennutz gewehrt haben mit Vorschlägen

für ein besseres Miet-, Boden-, Banken- und Steuerrecht, für mehr Menschlichkeit in der Gesellschaft, mit einem solchen Gesinnungs-schnüffler-Gesetz bestraft werden ? - Dass wir dazu Ja sagen, ist zuviel verlangt. Deshalb ergreifen wir das Referendum, deshalb sagen wir NEIN zu dieser Strafgesetzrevision.

RESOLUTION GEGEN GESINNUNGSSCHNUEFFELEI UND UEBERWACHUNGSSTAAT

Demokratie, Meinungsäusserungsfreiheit und Demonstrationsrecht sind unteilbar. Mit der Verschärfung des Strafgesetzes für Gewaltverbrechen wollte der Bundesrat ursprünglich neue Formen der Gewalt und ihre Bekämpfung ins Recht fassen. Dagegen hätten wir Sozialdemokraten und Gewerkschafter nichts einzuwenden gehabt. Das war nötig, um gegen Geiselnahme und Bombenterror gewappnet zu sein.

Der Rahmen dieses Revisionszieles ist indessen von der bürgerlichen Mehrheit in den eidgenössischen Räten gesprengt worden. Im Einvernehmen mit dem Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes sind neu auch sogenannte Vorbereitungshandlungen und die öffentliche Aufforderung zur Gewalttätigkeit in das Gesetz aufgenommen worden. Wer ausruft und protestiert, weil ihm Dinge nicht passen, riskiert mit diesem Gesetz eine Bestrafung. Der Ort der Handlung kann ein Stammtisch, ein Verein, der WK oder der Sportplatz, die Gewerkschaftsversammlung, ein Frauentreffen, ja sogar die Familie sein.

Auch das Bestrafen von Vorbereitungshandlungen unterhöhlt die Grundsätze des bisherigen Strafrechts. Bislang war nur der Versuch zu einer Straftat kriminalisiert. Vorbereitungshandlungen aber sind selbst in Staaten, die sich wiederholt mit terroristischen Anschlägen zu befassen hatten, wie etwa die Bundesrepublik, nicht unter Strafe gesetzt. Die Folge davon sind Ueberwachung, Bespitzelung, Denunzierungen und - wer weiss - Busipo II oder KIS.

Wir wollen keine Beschränkung der Meinungsäusserungsfreiheit, wir wollen kein Strafrecht, das der Behördenwillkür von Justiz und Polizei Tür und Tor öffnet. Wir wollen keinen Ueberwachungsstaat. Wir lehnen die Bespitzelung der Gesinnung ab.

Deshalb ergreifen wir zusammen mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund das Referendum gegen diese Strafrechtsrevision und fordern das Volk auf, mit ihrer Unterschrift auf dem Referendumsbogen gegen die Schaffung von Rechtsunsicherheit und Beamtenwillkür zu kämpfen. Das Nein des Volkes zur Busipo war auch ein Nein gegen Paragraphen für einen Schnüffel- und Ueberwachungsstaat.

Verloren am

PARTEITAG IN INTERLAKEN

4 LBB-3004 Philips
Empfänger à Fr. 224.-
7 Stethoskop-Kopfhörer
à Fr. 31.-

Tel. 031/24 11 15

Leitlinien für ein neues Parteiprogramm

Eine vorläufige Position und Leitlinien für die weiteren Arbeiten am neuen Parteiprogramm

BESCHLOSSEN VOM PARTEITAG DER SP SCHWEIZ, 17./18.10.1981
IN INTERLAKEN

Eine historische Wende ist fällig. Die Delegierten des Parteitags 1981 in Interlaken erkennen in der Selbstverwaltung im Sinne des Programmentwurfes - neben den bisherigen Mitteln der parlamentarischen Demokratie - die Hauptstossrichtung der künftigenPolitik der SPS.

WARUM DIESE 10 LEITLINIEN?

Der Parteitag 1981 war lediglich eine Zwischenetappe in der Revision des Parteiprogramms der SPS. Nachdem der Vorentwurf für ein neues Programm, publiziert im "Dossier SPS - Programmrevision", in der Partei einen einmaligen Denkprozess ausgelöst hatte, hat am Parteitag eine breite Eintretensdebatte stattgefunden.

Gleichzeitig sind in Interlaken auch die Weichen für die weiteren Arbeiten am Parteiprogramm gestellt worden: Eine neue, breit abgestützte Programmdiskussion soll den Denkprozess weiterführen und die verschiedenen programmatischen Zielvorstellungen zusammenbringen. Die weiteren Arbeiten sollen nicht wieder von vorne beginnen, sondern die Gesichtspunkte des Vorentwurfs, der Vernehmlassung bei den Sektionen und der Parteitagsdebatte gleichermassen aufnehmen und weiterführen.

Damit die Diskussion nicht wieder von vorne beginnt, braucht es für die Weiterarbeit diese Leitlinien. Sie stecken in einigen wichtigen Fragen vorläufige Positionen ab. Sie enthalten die Aufträge für die Arbeit der Kommission. Sie sind nicht abgeschlossen, sondern ermöglichen in allen Punkten eine Weiterentwicklung und Konkretisierung. Keinesfalls sind sie ein Gegenprojekt zum Programmentwurf zum Programmentwurf. Aber sie enthalten auch die Gesichtspunkte aus der Vernehmlassung, bei der sich 175 Sektionen und Kantonalparteien beteiligt haben.

Grundsätzlich halten wir fest, dass ein neues Programm auf folgende 4 Fragen Antwort geben soll:

a) Wo stehen wir heute?
(Wir müssen die Betroffenheit aufzeigen und die Menschen dort abholen wo sie stehen.)

b) Warum stehen wir heute hier?
(Wir müssen anhand einer historischen Erklärung eine Analyse unserer Gesellschaft vornehmen.)

c) Was wollen wir?
(Wir müssen aufgrund unserer Analyse und mit Hilfe von Visionen Zielsetzungen formulieren.)

d) Wie wollen wir unser Ziel erreichen?
(Wir müssen uns über die Möglichkeiten bisheriger und neuer politischer Mittel Klarheit verschaffen.)

AUSGANGSPUNKTE: DIE GEFAHREN DER ZUKUNFT

1. Ein neues Programm muss von den Gefahren ausgehen, die viele Zeitgenossen und Parteimitglieder als drückende Zukunftsprobleme erfahren. Es sind Gefahren, die man zur Zeit der Entstehung des Programms von 1959 nicht gleich empfang.

   Auf die folgenden vier Krisen müssen wir programmatisch eine Antwort geben:

   a) Krise der Wachstumswirtschaft

   Wir wissen, dass die fortgeschrittene Wachstumswirtschaft, gleichgültig ob privat-oder staatskapitalistisch gelenkt, die Menschheit in eine Sackgasse führt: Diese Wirtschaft beruht auf Raubbau am Menschen und an der Natur. Energie und Rohstoffe für das Leben auf unserem Planeten sind beschränkt; ein Verteilungskampf - Machtpolitik mit militärischen Mitteln - droht die Welt in ihren Untergang zu treiben. Zwar ist es in den Industrieländern für lange Zeit gelungen, Wohlstand für alle herzustellen, aber dies geschah auf der Grundlage der Ausbeutung von Ländern und Völkern der Dritten Welt, und, so wie der Nord-Süd-Konflikt wächst, schwindet die Chance, dafür eine gemeinsame und friedliche Lösung zu finden. Wir sind der Ueberzeugung, für die immer dringlicher werdenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme ist keine kapitalistische Lösung gut genug. Sozialer Fortschritt im Namen des bürgerlichen Staates löst auf lange Sicht die Probleme von Ausbeutung und Entfremdung nicht.

   b) Krise des Staates

   Eine Machtelite und die Expertentechnokraten beherrschen zunehmend den Staat. Der Staat entgleitet dem Volk. Resignation, Stimmabstinenz und Ausstieg aus der Politik sind die Folgen. Mit dem Staat stecken auch die Parteien in der Krise. Hinzu kommt, dass der Sozialstaat in die Finanzkrise geraten ist. Die soziale Ausgleichsfunktion des Staates wird vor lauter Staatsverdrossenheit in Frage gestellt, und reaktionäre Kreise drohen mit einem Sozialabbau.

c) Krise des souveränen Nationalstaates

Der Sonderfall einer heilen, neutralen und unabhängigen Schweiz ist ein Trugschluss. Enorme wirtschaftliche Verflechtungen mit dem Ausland, Rohstoffabhängigkeit und internationales Wettrüsten stellen den souveränen Nationalstaat in Frage und erfordern neue Vorstellungen.

d) Existenzielle Krisen

Existenz- und Sinnkrisen zeichen sich in vielen Formen: Vereinsamung des Menschen, Drogensucht, Depressionen, Stress und anderes mehr. Alte Herrschaftsbeziehungen werden in Frage gestellt und erfordern neue Vorstellungen von Familie, Gemeinschaft und Zusammenleben. Auch die Persönlichkeitsrechte sind gefährdet. Ein Datenschutz ist erforderlich. Auch das Recht auf Arbeit muss verwirklicht werden.

SOZIALISTISCHES MENSCHENBILD

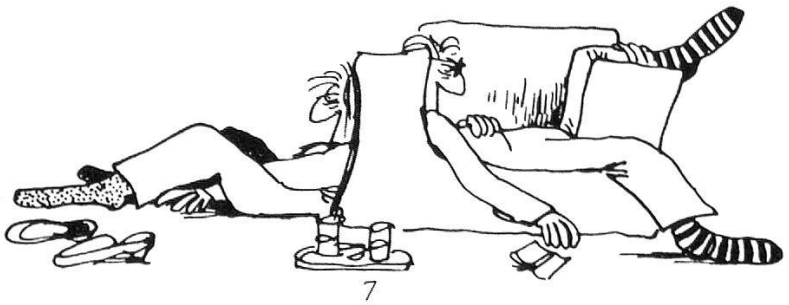
2. Ein neues Programm muss die Grundwerte des sozialistischen Menschenbildes anerkennen. Es muss formulieren, was die alten Ideen in der heutigen Gesellschaft hauptsächlich bedeuten. Dazu sollen die Grundzüge aus der Präambel und dem Abschnitt "Befreiung der Frau" des Programm-Vorentwurfs (Dossier SPS - Programmrevision, Seiten 21 und 56) berücksichtigt werden.

   Die moderne Industriegesellschaft zerstört nicht nur natürlichen Lebensgrundlagen, sondern bedroht den Menschen immer mehr im Kern seiner Menschlichkeit, nämlich in der Freiheit. Die Idee des demokratischen Sozialismus bedeutet in erster Linie menschlichen Fortschritt zu mehr Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Menschlichkeit, mehr Freiraum zur Verwirklichung des Menschen in einer solidarischen Gesellschaft.

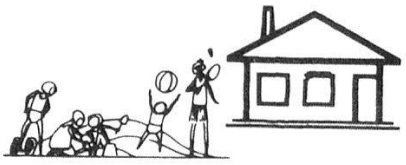
ABBAU VON HERRSCHAFTS-BEZIEHUNGEN

3. Ein neues Programm muss sich an der Tatsache orientieren, dass alle Herrschaftsbeziehungen, auch jene zwischen Frauen und Männern, heute radikal in Frage gestellt werden müssen. Es muss davon ausgehen, dass Sozialismus auch die Befreiung von Abhängigkeit im Privatbereich einschliesst. Hier liegt auch ein wichtiger Ansatzpunkt für die Verwirklichung der Selbstverwaltung.

   Erst die Befreiung der Frau und die Befreiung des Mannes (feministische Bewegung) bringen in den demokratischen Sozialismus den Gedanken der Entfaltung auch im privaten Bereich, die Gleichheit der Geschlechter und Geschwisterlichkeit.



SELBSTVERWALTUNG IM MITTELPUNKT ALLER BESTREBUNGEN



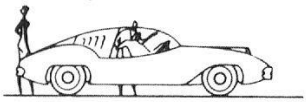
4. Ein neues Programm muss den alten sozialdemokratischen Grundsatz der Demokratie in allen Bereichen neu konkretisieren und in Richtung von Selbstverwaltung formulieren. Mitbestimmung kann eine Etappe dazu sein. Die gewählte Programmkommission hat davon auszugehen, dass Selbstverwaltung nicht die einzige Antwort, sondern eine Antwort zur Lösung der Probleme der Zukunft darstellt.

   Selbstverwaltung ist als Dezentralisierung von Macht zu verstehen. Als ein Prinzip von Selbstorganisation, wonach die Menschen die Lösung der gesellschaftlichen Probleme, von denen sie betroffen sind (Arbeit, Familie, Freizeit, Bildung, Kultur, Gesundheit, Sozialwesen, Partei), gemeinsam selber an die Hand nehmen. Es ist auch zu berücksichtigen, dass Selbstverwaltung immer auch an schweizerische Traditionen anknüpft (Genossenschaftsidee) und diese fort- und weiterführt.

   Das neue Programm soll deutlich herausstellen, dass Selbstverwaltung nicht nur in der Arbeitswelt anzuwenden ist, sondern dass sie auch im privaten Bereich verwirklicht werden muss.

   Selbstverwaltung soll als Prinzip sozialdemokratischen Handelns in der Partei und in der Oeffentlichkeit gelten.

ÜBERWINDUNG DES KAPITALISMUS



5. Ein neues Programm muss zu Fragen der wirtschaftlichen Macht, zum Wirtschaftssystem und zur Eigentumsordnung neue Antworten geben. Die Vermachtung und Konzentration in der Wirtschaft, die Aussichten auf die weitere Rationalisierung erfordern neue Vorstellungen einer Wirtschaftsordnung, die dem Menschen dient.

   Die Devise "Bruch mit dem Kapitalismus", die vom Parteitag vom Montreux 1976 als Leitlinie für das neue Programm formuliert worden ist, muss berücksichtigen, dass der Begriff Kapitalismus sowohl als private Verfügungsgewalt über das Kapital als auch im Sinne von grenzenlosem Wachstum verstanden werden kann. Für beide Sinnbedeutungen muss das neue Programme eine Antwort geben:

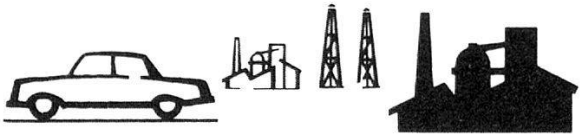
   a) Der Bruch mit der kapitalistischen Verfügungsgewalt über Produktionsmittel, Kredit und Boden soll erreicht werden durch die Demokratisierung der Wirtschaft, durch demokratische Kontrolle und Selbstverwaltung von wirtschaftlicher Macht.

   b) Und zur Ueberwindung der Fehlentwicklung des Wachstums braucht es demokratisch abgestützt Rahmenbedingungen für die gesellschaftliche und technologische Entwicklung und das Funktionierung des Marktes.

   Zwar hat die Verlagerung von Hunger und Elend in der Dritten Welt es dem Kapitalismus ermöglicht, sich einen sozialpartnerschaftlichen Anschein zu geben. In Wirklichkeit beruht er jedoch heute und überall auf demselben Ausbeutungsverhältnis wie vor 200 Jahren.

Es behandelt die menschliche Arbeitskraft als Ware, für die wohl ein "marktgerechter" Lohn bezahlt wird; eingehandelt wird jedoch Unterordnung und Entfremdung. Damit wird der Arbeitende um weit mehr betrogen als um das Stück unbezahlter, mit dem Lohn nicht beglichener Arbeit, das er erbringen muss, um dem Kapitalbesitzer zu rentieren. Er wird betrogen um die Möglichkeit, mitzudenken und mitzuentscheiden bei der Bestimmung des Inhalts der Arbeit, die Bedingungen der Arbeit nach den Bedürfnissen der Arbeitenden zu gestalten, mitzubestimmen bei der Verwendung des Profits und der Entwicklung der Produktionsmittel.

LEBEN UND ÜBER-LEBEN; ENERGIEFRAGE



6. Ein neues Programm soll Wege und Mittel aufzeigen, wie die Wirtschaftsentwicklung so neuorientiert werden kann, dass nicht zunehmend der Weiterbestand der Menschen und der natürlichen Lebensgrundlagen in Frage gestellt ist. Ein neues Programm muss ein Lebens- und Ueberlebensprogramm werden.

   Es muss davon ausgehen, dass es anderer Ziele bedarf als mehr Fortschritt und immer höherer Technologie, um die täglichen Bedürfnisse des Menschen besser zu befriedigen. Unsere Entscheidungen und unser Handeln müssen auf die Natur abgestimmt werden.
   Insbesondere muss es das Verhältnis der Menschen zur Arbeit und zur Technologie mit Zukunftsperspektiven einer Arbeitszeitpolitik neu formulieren (Bedürfnis nach mehr "Arbeitszeitsouveränität", gleichmässigere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit). Es muss auch die Humanisierung der Arbeitswelt verdeutlichen.

   Ein neues Programm muss Richtlinien für eine vernünftige, d.h. massvolle und ökologisch vertretbare Auswahl und Verwendung der Energieträger und eine nicht primär an Profitinteressen orientierte Energiepolitik enthalten.

SP IM STAAT

7. Ein neues Programm muss unseren Willen manifestieren, in allen gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen mizuarbeiten, wo immer es mit den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus vereinbar ist. Es soll Reformen der politischen Demokratie und des Sozialstaates aufzeigen und dabei der verbreiteten Verdrossenheit gegenüber der Staatsbürokratie Rechnung tragen. Es soll Prinzipien entwickeln, wie staatliche Aufgaben dezentralisiert und bürgernahe gemacht werden können. Dabei soll es der Doppelfunktion des Staates Beachtung schenken, der einerseits die geltende Eigentums- und Herrschaftsordnung aufrechterhält, aber anderseits auch Motor zu deren Veränderung und ein Garant sozialer Sicherheit sein kann und soll.

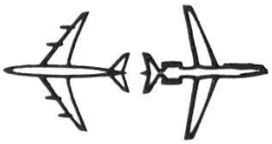
INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

8. Ein neues Programm muss der Tatsache Rechnung tragen, dass die Schweiz in einer unheimlich verflochtenen Welt lebt. Es muss davon ausgehen, dass die soziale Frage unserer Zeit in der Dritten Welt vorzufinden ist.

   Die Sozialdemokratie muss sich am Kampf gegen Hunger, Armut und Unterdrückung in der Dritten Welt und gegen die Unterprivilegierung der Fremden bei uns beteiligen. Das Programm soll Grundsätze zeichnen, wie der stark verwurzelte natinale Egoismus und eine auf Profit und Wachstum ausgerichtete Wirtschaft überwunden werden können. Es muss davon ausgehen, dass Entwicklung - bei uns und in der Dritten Welt - nach alten sozialdemokratischem Verständnis immer und primär soziale Befreiung bedeutet

   Die Dritte Welt muss Gelegenheit haben, sich selber zu entwickeln. Dieses Verständnis von Entwicklung (autozentrierte Entwicklung) stimmt überein mit der Idee der Selbstverwaltung in der Schweiz und einer selbstverwalteten Schweiz.

FRIEDEN UND ENTSPANNUNG



9. Ein neues Programm soll die alte Streitfrage nach der Art der Verteidigung der nationalen Souveränität nicht unbeantwortet lassen.

   Es soll dabei vom Grundsatz ausgehen, dass wir Sozialdemokraten die Unabhängigkeit unseres Landes verteidigen wollen. Es soll aber auch neue Wege aufzeigen, wie wir die Mittel am wirksamsten und sparsamsten einsetzen können. Die SPS unterstützt einen echten Zivildienst.

   Sicherheitspolitik soll ein Bestandteil der Entspannungs-, Friedens- und Abrüstungspolitik sein. Die vordringlichste Aufgabe zu Beginn der 80er Jahre ist die Abwendung des dritten Weltkrieges. Dem hat der Programmentwurf durch eine grundlegende Ueberprüfung unseres sicherheitspolitischen Konzeptes Rechnung zu tragen.

   Das Programm muss unsere aussenpolitischen Grundsätze formulieren und dabei unsere Unabhängigkeit von allen Machtblöcken in den Mittelpunkt stellen (gleiche Distanz zu allen Machtblöcken).
   Es soll die internationale Zusammenarbeits- und Friedenspolitik der SPS deutlicher darlegen; denn wir wollen uns nicht von der Verantwortung drücken, die wir gegenüber den auch von uns direkt und indirekt ausgebeuteten Dritte-Welt-Ländern haben.

STRATEGIE UND REALISIERUNG

10. Ein neues Programm muss Grundsätze für eine Strategie aufzeigen, wie und mit welchen Partnern wir Sozialdemokraten unsere Ziele erreichen wollen, weil ja die Einhaltung des demokratischen Prinzips stets Mehrheiten erfordert (Reformismus als Methode). Dabei muss es

unserere Kooperation mit den Gewerkschaften als bisherige und bewährte Partner ebenso aufzeigen wie die Zusammenarbeit mit neueren Bewegungen, die ganz oder teilweise ähnliche Ziele wie wir anstreben. Bei der Formulierung der Strategie und Realisierung soll auch das Kapitel "Sozialistische Politik heute" des Programm-Vorentwurfs beigezogen werden (SPS-Dossier "Programmrevision", Seite 42 ff).

Das Programm muss davon ausgehen, dass die Parteien als politische Meinungsbildner in der Krise stehen. Besonders muss es die Tatsache berücksichtigen, dass ausserhalb der traditionellen Arbeiterbewegung und der Parteien neue politische Bewegungen (z.B. Bürgerinitiativen, Oekologie- und Alternativbewegung, Dritte-Welt- und Frauenbewegung, Mieter, Konsumenten, etc.) entstanden sind, die mit neuen Methoden und ganz anderen Organisationsformen die Menschen ansprechen und einbeziehen.

Ein neues Programm soll zeigen, dass unsere Partei die Anliegen dieser Bewegungen aufnimmt, und in eine gesamtgesellschaftliche Perspektive stellen will.

Auch sollen von der Programmkommission folgende Bereiche bearbeitet werden:

- Wie kann die SP Bürgerinitiativen unterstützen?
- Wie können Machtveränderungen durch Initiativen und Referenden erreicht werden?
- Wie können Machtveränderungen bei Wahlen erreicht werden?
- Machtkontrolle durch Mitbestimmung.

BESCHLUESSE DES PARTEITAGS ZUR WEITEREN PROGRAMMREVISION

Bis zum Parteitag 1982 soll ein neuer Programmentwurf vorgelegt werden, der nach seiner Verabschiedung das Programm 1959 ersetzt.

Dieser Entwurf soll auf verständliche Art Grundwerte und politische Leitlinien des demokratischen Sozialismus enthalten. Parallel dazu sollen für das neue Programm in einem gesonderten Text für die wichtigsten Bereiche aktionsbezogene Konkretisierungen erarbeitet werden.

Die weiteren Arbeiten sollen nicht wieder von vorne beginnen, sondern die Gesichtspunkte des Vorentwurfs, der Vernehmlassung bei den Sektionen, der Leitlinien und der Parteitagsdebatte gleichermassen aufnehmen und weiterführen. Dabei ist im Sinne der Selbstverwaltung ein steter Dialog zwischen Fachkommissionen, aktionsbezogenen Gruppen, Kantonalparteien und Sektionen und der Programmkommission sicherzustellen.

Die Geschäftsleitung der SPS regt in der Zeit bis zum nächsten Parteitag eine Bildungskampagne in den Sektionen an, welche die Idee der Selbstverwaltung zu konkreten Vorstellungen führt.

Die erweiterte Programmkommission soll wie folgt zusammengesetzt werden:

20 Mitglieder vom Parteitag 1981 gewählt
5 Mitglieder vom Parteivorstand gewählt
5 Mitglieder von der Fraktion gewählt
5 Mitglieder der bisherigen Programm- Kommission.

Die Kommission bildet aus ihrer Mitte eine Redaktionsgruppe und organisiert sich selbst.

DER PARTEITAG HAT FOLGENDE MITGLIEDER IN DIE NEUE PROGRAMMKOMMISSION GEWAEHLT :

Reihenfolge: 1. KAPPELER BEAT, Bern (414), 2. BAEUMLIN RICHARD, NR, Oberwil i.S. (380), 3. STORELLI CRISTIANA, Bellinzona (324), 4. GROSS ANDREAS, Zürich (312), 5. DREIFUSS RUTH, Wabern (308), 6. BUERCHER VERENA, Zürich (280), 7. LANFRANCHI ANDREA, Poschiavo (276), 8. DENEYS HEIDI, NR, La Chaux-de-Fonds (245), 9. BEROUD BERNARD, Genève (231), 10. GIORGETTI ELIOS, Gerra-Piano (230), 11. TOBLER RUEDI, Winterthur (217), 12. KNUCHEL EDWIN, Bätterkinden (209), 13. BUERKI-KIPFER VERENA, Gerlafingen (202), 14. MEYLAN RENE, SR, Neuchâtel (199), 15. VILLARD ARTHUR, Bienne (193), 16. ECOFFEY EVA, Villars s/Glâne (189), 17. HABLUETZEL PETER, Bern (186), 18. PETERS GEORGES, Lausanne (186), 19. FAHRLAENDER KATHRIN, Bern (173), 20. SALMINA EDY, Cevio (173).*

**Stimmen*

EIDG. VOLKSABSTIMMUNG VOM 28./29.11.1981

Der Parteivorstand hat noch vor dem Parteitag von Interlaken beschlossen, die Vorlage über die Weiterführung der Bundesfinanzordnung zu unterstützen. Wir fordern deshalb die Sektionen und Kantonalparteien auf, in ihrem Einflussbereich die

JA - PAROLE

zu verbreiten und zu unterstützen. Wir haben gleichzeitig beschlossen, für diese Verständigungslösung keine besonderen Propagandaanstrenungen zu unternehmen. Es wird also keine Abstimmungszeitung hergestellt. Hingegen ist es wichtig, dieses JA vor dem Volk zu vertreten. Es geht darum, dass der Bund auch in den kommenden Jahren Einnahmen erhält. Die Weiterführung der Bundesfinanzordnung ist überdies verbunden mit einem teilweisen Ausgleich der kalten Progression, insbesondere bei den unteren und mittleren Einkommen. Ausserdem sind die Sozialabzüge gegenüber dem jetzt geltenden Gesetz günstiger gestaltet worden. Wir bitten Euch, dafür zu sorgen, dass diese Vorlage durchkommt und danken Euch für Euren Einsatz zum voraus bestens.